

Westdeutsche Allgemeine

# Viele Städte bleiben auf Flüchtlingskosten sitzen

CDU kritisiert Abrechnungschaos des Landes: „Massive Verwerfungen“ unter den Städten

Von Tobias Blasius

**Düsseldorf.** Deutlich mehr als die Hälfte aller 396 nordrhein-westfälischen Kommunen erhält offenbar nicht die von der rot-grünen Landesregierung versprochene Kostenerstattung für die Flüchtlingsunterbringung. Nach Berechnungen der CDU-Landtagsfraktion habe sich die Zusage des Landes von 10 000 Euro für jeden Asylbewerber und Geduldeten in mehr als 250 Kommunen als leeres Versprechen erwiesen. Tatsächlich erhielten manche Gemeinden weniger als 7000 Euro pro Kopf, andere dagegen mehr als 100 000 Euro.

„Veraltete Zahlen und eine ungerechte Systematik haben zu massiven Verwerfungen in der kommunalen Familie geführt“, kritisierte

CDU-Fraktionsvize André Kuper. Das Land habe den Kommunen in diesem Jahr 1,95 Milliarden Euro für 181 000 Flüchtlinge und 13 600 Geduldete zugesagt, finanzierte mit dem Budget jedoch 215 000 Flüchtlinge, 43 000 Geduldete und 86 000 Plätze in Landeseinrichtungen. Kuper beklagte ein regelrechtes Chaos bei der Abrechnung des Landes: „Einige Kommunen, in denen Landeseinrichtungen stehen, bekommen Geld, obwohl bei ihnen gar keine Kosten anfallen. Andere müssen Millionen vorfinanzieren.“

Als problematisch erweist sich demnach, dass die Asylplätze in Landeseinrichtungen auf das kommunale Kontingent angerechnet und vergütet werden. Dabei übernimmt das Land die Kosten der Unterkunft hier ohnehin. „Es ist richtig, bei den Städ-



André Kuper, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender. FOTO: HO

ten einen Anreiz für die Schaffung von Landesunterkünften zu schaffen, aber das kann man nicht aus dem kommunalen Gemeinschaftstopf bezahlen“, beklagte Kuper.

Bürgermeister von SPD und CDU hatten wiederholt die Schieflage in der Umsetzung des Verteilsystems kritisiert. Die CDU forderte Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf, das

pauschale Erstattungssystem rasch durch eine Spitzabrechnung zu ersetzen, damit das Land wirklich für jeden Flüchtling Geld überweist. NRW will ein solches System jedoch erst 2017 einführen. Dennoch sollen die Kommunen noch in diesem Jahr mehr Geld erhalten, kündigte Jäger an. Die bis zum Stichtag 1. Januar 2016 um rund zehn Prozent über der Prognose liegenden Flüchtlingszahlen würden berücksichtigt.

Zur Entlastung der Kommunen sollten Asylbewerber ohne Bleibeperspektive aus städtischen Heimen zurück in die Landeseinrichtungen geholt werden, verlangte Kuper.

Auf Bundesebene hatten sich die Länder verpflichtet, Flüchtlinge ohne Aussicht auf längerfristigen Aufenthalt erst gar nicht mehr in die Städte zu schicken.

Kölner Stadt-Anzeiger

## CDU kritisiert Zuteilung der Flüchtlingshilfe

**ASYL** Vor allem kleinere Kommunen würden benachteiligt

**Düsseldorf.** Viele Städte und Gemeinden in NRW erhalten nach CDU-Berechnungen noch immer weniger als die vom Land zugesagte Pauschale von 10 000 Euro pro Flüchtling im Jahr. CDU-Fraktionsvize André Kuper spricht von großen Ungerechtigkeiten. Der Vorwurf: Weil das nordrhein-westfälische Innenministerium mit veralteten Zahlen und einer falschen Systematik rechnet, schwanken die Landeszuschüsse für jeden untergebrachten Asylbewerber zwischen 6000 und mehreren Zehntausend Euro, die einzelnen Gemeinden überwiesen werden.

Vor allem kleine Gemeinden, denen viele Flüchtlinge zugewiesen würden, ohne dass es dort eine Landeseinrichtung für die Unterbringung gebe, seien benachteiligt. Das NRW-Finanzierungssystem für Flüchtlinge sorgt schon

seit Monaten für Debatten. Im Kern geht es um drei Probleme. Erstens: Das Land zahlt für jeden Flüchtling, den eine Stadt aufgrund ihrer Größe aufnehmen soll – unabhängig von der tatsächlichen Zahl der untergebrachten Menschen. Zweitens: Auch für Bewohner von Landesunterkünften bekommt die jeweilige Stadt eine Pauschale, obwohl ihr gar keine Kosten entstehen. Das verzerrt die Zuteilung.

Außerdem, so die CDU, sei schon allein der Landestopf von 1,95 Milliarden Euro zu klein, um allen Kommunen die 10 000 Euro Pauschale zu zahlen.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) weist die Vorwürfe zurück: „Wir hatten vor Weihnachten mit den kommunalen Spitzenverbänden verabredet, die geschätzten Flüchtlingszahlen im neuen Jahr zu überprüfen und gegebenenfalls den Betrag nochmals zu erhöhen“, teilte er mit. Das Geld werde noch in diesem Jahr ausgezahlt, erklärt der Minister. (kla)

Neue Rhein Zeitung –Titelseite–

## CDU-Kritik an Erstattung für Flüchtlingskosten

**An Rhein und Ruhr.** Mehr als die Hälfte aller 396 NRW-Kommunen erhält offenbar nicht die von der Landesregierung versprochene Kostenerstattung für die Flücht-

lingsunterbringung. Nach Berechnungen der CDU-Landtagsfraktion habe sich die Zusage von 10 000 Euro für jeden Asylbewerber in mehr als 250 Kommunen nicht erfüllt. Tatsächlich erhielten manche Gemeinden weniger als 7000 Euro pro Kopf, andere dagegen mehr als 100 000 Euro. *tobi*

Westdeutsche Allgemeine

## „Staat könnte 20 Milliarden Euro sparen“

Steuerzahlerbund kritisiert Subventionen

**Berlin.** Fast eine Million Euro für die Produktion von Hunde- und Katzenfutter oder sechs Millionen Euro für einen Elektro-Porsche: Die Bundesregierung subventioniert laut Steuerzahlerbund zu viele fragwürdige Projekte der Privatwirtschaft. „Dieses Geld sollte besser gespart werden“, forderte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holzengel, am Montag in Berlin.

Mit seiner Aktion „Frühjahrsputz“ listet der Verband wie jedes Jahr Beispiele für unnötige Ausgaben auf: „Die große Koalition darf sich nicht in kaum zählbare Subven-

tionen verstricken. Neben den kritisierten Fördergeldern sieht der Steuerzahlerbund wie in den Vorjahren Einsparpotenzial von jährlich 20 Milliarden Euro, um Ausgaben des Bundes zu senken.

In der Liste fragwürdiger Förderprojekte finden sich etwa 2,5 Millionen Euro für „unwirksame“ Anti-Drogenprojekte in Myanmar, weil dort die Anbaufläche von Schlafmohn zwischen 2009 und 2015 gestiegen sei. Moniert wurde auch das Projekt „Langzeitstabilisierung von Bier in Bezug auf Geschmack und Klarheit“, für das das Forschungsmilieu 253 000 Euro ausgibt.

Kritisiert wurden auch 923 000 Euro für die Suche nach einer optimalen Trockennahrung für Hunde und Katzen. Und die sechs Millionen Euro für die Entwicklung eines Elektro-Porsche. Steuergeld „für die Verbesserung von elektrischen Luxuskarossen“ bereitzustellen, sei nicht angemessen. *dpa*